



Syrien

| Einwohner: | Religionszugehörigkeit: | |
|--------------|-------------------------|------|
| 18 Millionen | Muslime | 93 % |
| | Christen | 5 % |
| | Religionslose | 2 % |

Syrien – vor dem kriegesischen Konflikt

Vor Ausbruch des kriegesischen Konflikts in Syrien im Jahr 2011 war Syrien ein Land mit großer ethnischer, religiöser und konfessioneller Vielfalt. Das Regime von Staatspräsident Baschar al-Assad war in der Vergangenheit von der säkularen und sozialistischen Ideologie der Baath-Partei inspiriert. Die Machtelite in Syrien setzte sich vornehmlich aus Mitgliedern der religiösen Minderheit der Alawiten zusammen. Die Glaubensgemeinschaft der Alawiten, die in Syrien über einen Bevölkerungsanteil von etwa zehn Prozent verfügt, ist eine Abspaltung aus dem schiitischen Islam. Diese religiöse Minderheit herrschte über die sunnitische Mehrheit. Um seine Macht zu verteidigen, ging das Regime immer schon mit großer Härte gegen alle oppositionellen Gruppen vor. Syrien war damit eine der strengsten Diktaturen der arabischen Welt. Dabei wurde nicht nur die politische Opposition in Syrien unterdrückt, sondern auch islamistische Bewegungen wurden unterdrückt. Politische Freiheit und Meinungsfreiheit gab es kaum. Mit strenger Hand sorgte der Staat für Recht und Ordnung.

In religiösen Dingen gewährte der Staat dagegen relativ große Freiheit. Vor allem religiöse Minderheiten hatten dort größere Freiheiten als in anderen arabischen Staaten. Das Zusammenleben von Christen und Muslimen gestaltete sich ganz überwiegend friedlich. Diskriminierungen im Alltag gab es kaum. Der Bau von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen war ohne große Einschränkungen möglich. Es gab kirchliche Schulen und kirchliche Jugendarbeit. Karitatives Wirken im sozialen Bereich war zwar dem Gesetz nach verboten, wurde aber teilweise vom Staat geduldet.

Ein Land zerfällt im Krieg

Im März 2011 erreichte der „Arabische Frühling“ auch Syrien. In der Stadt Dar’a gingen Menschen auf die Straße, um gegen die verbreitete Korrup-

tion im Staat zu protestieren. Forderungen nach einem Sturz des Regimes von Staatspräsident Baschar al-Assad wurden laut. Das Regime aber reagierte mit äußerster Härte. Polizei und Armee wurden zur Niederschlagung der Proteste eingesetzt, auf die Demonstranten wurde scharf geschossen. Oppositionelle wurden verhaftet, misshandelt und gefoltert.

In der zweiten Jahreshälfte 2011 begannen die Regimegegner, sich zu bewaffnen und aktiv gegen die Streitkräfte der Regierung zu kämpfen. Damit eskalierte der Konflikt zu einem blutigen Krieg. Die Auseinandersetzungen wurden dadurch verschärft, dass islamistische Kämpfer aus aller Welt nach Syrien kamen, um für die Errichtung eines islamischen Staates auf dem Fundament von Koran und Scharia zu kämpfen. Der Konflikt wurde weiter angeheizt durch die massive Einflussnahme regionaler und internationaler Mächte und Interessensgruppen, die die zahllosen Kampfverbände mit Geld und Waffen versorgten. Seit dem Eingreifen dieser regionalen (v. a. Iran, Saudi-Arabien, Türkei) und internationalen Mächte (v. a. Russland, USA) wird der Konflikt in Syrien oft auch als Stellvertreterkrieg bezeichnet.

Die ursprüngliche Opposition, die eine Demokratisierung des Landes anstrebte, hat kaum noch eine Bedeutung in den gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzungen. Bei zahlreichen islamistischen Oppositionsgruppen spielen religiös-konfessionelle Motive eine Rolle. Sie führen einen Dschihad gegen die alawitische Herrschaftselite. Die Alawiten werden von ihnen als Häretiker angesehen, die es zu unterwerfen oder auszurotten gilt. Die Dschihadisten werden bzw. wurden in ihrem Kampf unterstützt von den sunnitischen Golfstaaten, vor allem von Saudi-Arabien und von Katar, aber auch von der Türkei, über deren Grenze Waffen und Munition nach Syrien geliefert wurden. Das Assad-Regime dagegen wird vor allem vom schiitischen Iran und von der schiitischen Hisbollah unterstützt, die im Libanon ihre Basis hat und über enge Beziehungen zum Iran verfügt. Waffen und Munition werden in diesem Fall über den schiitisch regierten Irak geliefert.

Vor allem das direkte und massive militärische Eingreifen Russlands seit dem September 2015 hat zu einer Wende im Kriegsgeschehen geführt. Mit der Unterstützung Russlands und der anderen Verbündeten konnte das Assad-Regime in den Jahren 2016 und 2017 strategisch wichtige Gebiete zurückerobern. Rebellen-Milizen wurden zurückgedrängt. Vor allem der so-

genannte „Islamische Staat“ (IS) konnte aus dem größten Teil seines ehemaligen Herrschaftsgebietes in Syrien wieder vertrieben werden. Der IS gilt in Syrien – zumindest militärisch – als besiegt. Der Gesamtkonflikt ist damit aber noch lange nicht beendet. Alle internationalen Bemühungen, ein Ende der Kämpfe in Syrien herbeizuführen und eine politische Lösung für die Konfliktlage zu finden, sind bislang gescheitert.

Der Blutzoll dieses Krieges ist immens: Nach Angaben des UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura, sind seit Ausbruch des Krieges rund 400 000 Menschen getötet worden. Die Zahl der Verletzten geht in die Hunderttausende. Von den ehemals rund 22 Millionen Einwohnern ist etwa die Hälfte auf der Flucht. Laut Auskunft des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR haben sechs Millionen Syrer innerhalb des Landes Zuflucht gesucht, rund 5,4 Millionen Menschen sind ins Ausland geflohen, vor allem in die Nachbarländer Syriens (Libanon, Jordanien, Irak, Türkei), aber auch nach Nordafrika oder in europäische Länder. Rund 13 Millionen Menschen in Syrien sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Gezielte Gewalt gegen Christen

Christen leiden wie alle Menschen im Land unter der brutalen Gewalt des Krieges. Große Teile des Landes sind zerstört. Viele Menschen leben in Ruinen, in der ständigen Angst vor den Fassbomben des Assad-Regimes oder den Granaten und Selbstmordanschlägen oppositioneller Gruppen. Christen werden darüber hinaus immer wieder Opfer gezielter christenfeindlicher Anschläge von islamistischer Seite. Vor Ausbruch des Krieges gab es etwa 2,5 Millionen Christen in Syrien. Wie viele es heute noch sind, weiß keiner, genaue Zahlen gibt es nicht. Viele Christen haben das Land verlassen. Sie wurden vertrieben, sind geflüchtet oder mit bösen Vorahnungen rechtzeitig ausgewandert. Unzählige andere sind innerhalb des Landes auf der Flucht.

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle

nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

August 2015: Papst Franziskus verfasste einen Brief an die christlichen Flüchtlinge im Nahen Osten. Darin verurteilte er das Vorgehen von islamischen Terroristen und Fanatikern im Nahen Osten gegen Minderheiten, „vor allem gegen Christen“. „Sie sind die Märtyrer von heute, gedemütigt und diskriminiert um ihrer Treue zum Evangelium willen.“ Der Brief des Papstes war adressiert an den Lateinischen Weihbischof von Jerusalem, Maroun Laham. Dieser ist auch der Verantwortliche des Lateinischen Patriarchats für Jordanien, wo sich viele Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak aufhalten. Der Papst schreibt, es gehe ihm um „ein Wort der Hoffnung für alle, die angesichts der Gewalt ihre Häuser und ihr Land verlassen mussten“. In vielen Teilen der Welt würden derzeit Christen verfolgt, und zwar „vor den Augen und dem Schweigen aller Menschen“. Die Kirche aber „vergisst ihre Kinder, die um ihres Glaubens willen ins Exil gehen müssen, nicht, und sie lässt sie nicht allein“, versicherte der Papst. „Sie sollen wissen, dass täglich für sie gebetet wird und dass das Zeugnis, das sie uns geben, anerkannt wird.“ Neben einem ausdrücklichen Dank an die (mehrheitlich muslimischen) Jordanier für ihre „solidarische Hilfe“ den Flüchtlingen gegenüber enthält der Brief des Papstes auch einen Appell an die „öffentliche Meinung der Welt“: Sie solle „aufmerksamer, sensibler und bereitwilliger auf die Verfolgungen von Christen und, allgemeiner, religiöser Minderheiten reagieren“, so Papst Franziskus. „Ich rufe die internationale Gemeinschaft von neuem dazu auf, nicht stumm und tatenlos zu bleiben angesichts dieses inakzeptablen Verbrechens, das ein besorgniserregendes Abdriften von den grundlegendsten Menschenrechten bedeutet und den Reichtum des Zusammenlebens von Völkern, Kulturen und Glaubensbekenntnissen verhindert.“

April 2016: Pater Jacques Mourad, der im Mai 2015 vom IS verschleppt wurde und erst im Oktober 2015 wieder freikommen konnte, will das vom IS zerstörte Kloster Mar Elian in Karjatain bei Homs wiederherstellen. Das teilte er dem vatikanischen Pressedienst Fides mit. Das Kloster weise schwere Schäden auf. Die Gebeine des frühchristlichen Heiligen Mar Elian seien von den Islamisten geschändet und verstreut worden. Dass sie aber nicht vollständig verlorengegangen seien, betrachte er als „großes Zei-

chen“, dass dieser Heilige „dieses Kloster und dieses Land nicht verlassen wollte“. Die Ursprünge des Klosters Mar Elian reichen zurück bis ins 5. Jahrhundert.

April 2016: In Beirut trafen sich Vertreter der russisch-orthodoxen und der katholischen Kirche sowie Verantwortliche des internationalen katholischen Hilfswerks KIRCHE IN NOT, um über Möglichkeiten der ökumenischen Zusammenarbeit beim Wiederaufbau zerstörter Kirchen in Syrien zu beraten. Darunter waren der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz Russlands, Erzbischof Paolo Pezzi, und der Sekretär für den innerchristlichen Dialog beim Außenamt des russisch-orthodoxen Patriarchats in Moskau, Erzpriester Stefan Igumnov. In Beirut und später im syrischen Damaskus fanden zudem Begegnungen mit zahlreichen hohen kirchlichen Würdenträgern statt, unter anderem mit dem maronitischen und dem syrisch-orthodoxen Patriarchen, den katholischen Nuntien in Syrien und dem Libanon und weiteren katholischen wie orthodoxen Bischöfen. Darüber hinaus besuchte die ökumenische Delegation unter anderem auch syrische Flüchtlinge in der libanesischen Bekaa-Ebene. „Die gemeinsame Reise war eine erste konkrete Reaktion auf die gemeinsame Erklärung von Papst Franziskus und Patriarch Kyrill“, teilte der Russland-Referent Peter Humeniuk von KIRCHE IN NOT mit. Im Februar 2016 waren die beiden Kirchenoberhäupter auf Kuba zusammengetroffen. In ihrer abschließenden Erklärung waren Franziskus und Kyrill auch auf das Schicksal der Christen im Nahen Osten eingegangen und hatten betont, es sei entscheidend, „eine humanitäre Hilfe in großem Umfang für die gepeinigte Bevölkerung und für die vielen Flüchtlinge in den angrenzenden Ländern bereitzustellen“. Diesem Aufruf seien die katholische und die orthodoxe Kirche in Russland jetzt gefolgt, erklärte Humeniuk: „Wir haben Schritte in die Wege geleitet, um gemeinsam auf das Leid der Christen im Nahen Osten zu reagieren.“ Als eine erste Maßnahme wurde beschlossen, eine Liste der während des Krieges in Syrien beschädigten und zerstörten Kirchen und Klöster zu erstellen, um dann auf dieser Grundlage konkrete Hilfe zu organisieren.

Mai 2016: In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) schilderte Pater Ibrahim Alsabagh, der das Franziskanerkloster in Aleppo leitet, die schlimme Lage der Einwohner von Aleppo. Über Stunden oder Tage hinweg gebe es kein fließendes Wasser. Elektrischen Strom gebe

es nur noch über Generatoren. Die Menschen würden sich nicht mehr auf die Straße trauen, weil überall und ständig Raketen einschlugen. „Sie treffen auch Moscheen, Kirchen, Krankenhäuser und Wohnhäuser“, so Pater Alsabagh. Dazu kämen die hohen Lebenshaltungskosten, alles würde immer teurer. Psychische Probleme und Erkrankungen würden zunehmen. „Die Mehrheit der Menschen, vor allem Frauen und Kinder, können nicht mehr schlafen“, erläuterte der Pater. Angesprochen auf die Lage der Christen sagte er: „Es herrscht eine große Verunsicherung unter den Christen, die sich auf lebenswichtige Entscheidungen auswirkt: Bleiben wir in Aleppo? Fliehen wir? Haben wir vielleicht die falsche Entscheidung getroffen? Das sind die Fragen, die sich heute jede christliche Familie in Aleppo stellt.“ Viele Christen würden fliehen. „Aber auch die Flucht ist ein großes Risiko für die Familien. Sie riskieren ihre Häuser, Arbeitsstellen und stürzen sich in eine andere Welt, in der sie nichts haben. Auch die Stabilität der Familie wird gefährdet. De facto kommt es zu zahlreichen Trennungen, wenn etwa die Frau mit den Kindern flieht, und der Ehemann allein zurückbleibt, manchmal für Jahre. Für die christliche Gemeinschaft sind dies sehr finstere und schwierige Zeiten. Der Terror ist groß und das Leiden enorm“, so Pater Alsabagh. Viele Menschen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen, 90 Prozent der christlichen Familien würden unterhalb der Armutsgrenze leben. Deshalb helfe sein Kloster zum Beispiel mit Lebensmittelpaketen und Medikamenten und bezahle Mieten und Schulgeld für die Menschen.

Juni 2016: Nach Angaben des vatikanischen Pressedienstes Fides empfing Präsident Baschar al-Assad sieben Bischöfe zu einem Gespräch, darunter auch den syrisch-katholischen Patriarchen Ignace Youssif III. Dabei stellte Assad eine neue, säkulare Verfassung in Aussicht. Sie solle sich nicht mehr am islamischen Recht, der Scharia, ausrichten. Die Rechte religiöser Minderheiten sollten gestärkt werden. Der Präsident müsse zukünftig nicht mehr zwingend ein Muslim sein. Besprochen wurde auch eine mögliche Teilung Syriens in einen unabhängigen kurdischen und einen islamischen Staat.

August 2016: In einem Interview mit Radio Vatikan schilderte der päpstliche Nuntius in Syrien, Erzbischof Mario Zenari, die schlimmen Zustände in weiten Teilen Syriens. In einigen Gebieten würden Hunger und Durst als Waffe eingesetzt. So sei die Stadt Aleppo seit Monaten von der Wasser-

versorgung abgeschnitten. Auch die Versorgung mit Medikamenten sei in manchen umkämpften Orten nicht mehr möglich. Rund 600 000 Menschen würden in belagerten und abgeriegelten Gebieten leben. Fünf Millionen Menschen hielten sich in Gebieten auf, die kriegsbedingt schwer zu erreichen seien. Mehrfach seien Chemiewaffen zum Einsatz gekommen, wobei man allerdings „noch nicht die Schuldigen ermittelt“ habe. „Täglich“ würden Krankenhäuser, Schulen und Märkte, aber auch Flüchtlingslager, Kirchen und Moscheen bombardiert und beschossen. Schlimm sei auch die Lage der Kinder. Viele hätten im Krieg schwere Verwundungen oder Verstümmelungen erlitten. Andere seien Opfer sexueller Gewalt geworden oder würden zum Kriegsdienst gezwungen. Mehr als zwei Millionen Kinder könnten wegen des Krieges nicht zur Schule gehen. In manchen Gebieten unter der Kontrolle des sogenannten Islamischen Staates würden Frauen und Mädchen „wie Vieh auf dem Markt“ gehandelt, so der Nuntius.

August 2016: In einem Interview mit Radio Vatikan machte der chaldäisch-katholische Bischof von Aleppo, Antoine Audo, deutlich, dass eine Lösung des Syrien-Konflikts „von innerhalb Syriens“ kommen müsse. Die anderen Länder des Nahen Ostens, vor allem die Golfstaaten und die Türkei, dürften sich nicht einmischen, denn sie würden nur eigene Interessen verfolgen. Jeder wisse, dass ausländische Mächte bestimmte Gruppen innerhalb Syriens mit viel Geld unterstützen würden. Dazu komme der internationale Waffenhandel, mit dem sich Geld verdienen lasse. Diesen habe schon Papst Franziskus wiederholt scharf verurteilt, sagte Bischof Audo und zitierte den Papst mit den Worten: „Sie sprechen von Frieden und verkaufen gleichzeitig Waffen, aus wirtschaftlichen Gründen.“ Die Lage in der Stadt Aleppo sei katastrophal, auch für die Christen. Seit Beginn des Krieges hätten mehr als die Hälfte der Christen die Stadt Aleppo verlassen, so der Bischof.

August 2016: In einem gemeinsamen Appell forderten die drei in Damaskus residierenden christlichen Patriarchen die EU-Staaten auf, die Sanktionen gegen Syrien zu beenden. Das Schreiben war unterzeichnet vom antiochenischen Patriarchen Youhanna X. Yazigi, dem melkitischen griechisch-katholischen Patriarchen Gregoire III. Laham und dem syrisch-orthodoxen Patriarchen Ignatius Aphrem II. Durch die Sanktionen würde auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Hilfsgütern eingeschränkt. Das wirke sich

immer dramatischer auf das Alltagsleben der Menschen aus, schreiben die Patriarchen. Betroffen seien daher „vor allem die Armen und die arbeitenden Menschen aus den einfachen Klassen“.

Oktober 2016: In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ erhob der Päpstliche Nuntius in Syrien, Erzbischof Mario Zenari, schwere Vorwürfe gegen die internationalen Akteure im Syrien-Konflikt. Russland und die USA beteiligten sich am „Stellvertreterkrieg“ von Regionalmächten wie Saudi-Arabien und Iran. Allen Beteiligten gehe es um Eigeninteressen und geopolitische Ziele. Dafür nähmen sie auch die Verletzung grundlegender Menschenrechte in Kauf, wenn zum Beispiel Schulen, Krankenhäuser oder belebte Marktplätze bombardiert würden. Die Lösung des Syrienkonfliktes könne nur politischer Natur sein, so der Nuntius.

November 2016: Papst Franziskus nahm den Päpstlichen Nuntius in Syrien, Erzbischof Mario Zenari, in sein Kardinalskollegium auf. Seit 2008 ist Zenari Botschafter des Vatikans in Syrien. Auch nach Ausbruch des Krieges in Syrien hielt er dort die Stellung. Ein Nuntius im Rang eines Kardinals kommt nicht häufig vor. Diese Aufwertung kann als Zeichen der Solidarität mit der notleidenden syrischen Bevölkerung gedeutet werden.

November 2016: Mit deutlichen Worten kritisierte der griechisch-melkitische Erzbischof von Aleppo, Jean-Clement Jeanbart, gegenüber dem österreichischen Pressedienst Kathpress die Syrien-Politik der westlichen Staaten. „Der Westen spricht so oft von Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechten, sogar für den Tierschutz wird so viel getan. Und uns hier in Syrien vergisst man“, so die Klage des Erzbischofs. Die in den Nahost-Konflikt involvierten Staaten müssten dazu gedrängt werden, eigene geopolitische Interessen zurückzustellen und sich stattdessen für die leidenden Menschen einzusetzen. Auf militärischem Wege könne der Syrien-Konflikt nicht gelöst werden. Vielmehr müssten die Konfliktparteien am Verhandlungstisch zusammenkommen und nach Kompromissen suchen. Mit fundamentalistisch-terroristischen Gruppen könne man allerdings keine Verhandlungen führen. Und moderate oppositionelle Gruppen gebe es kaum noch. Das sei „ein Dilemma“, so Erzbischof Jeanbart. Die Lage in Aleppo sei dramatisch. Die Menschen lebten in ständiger Angst vor Bomben, Granaten und Terroristen. Die



Das Kloster Mar Elian in dem Ort Karjatayn in Syrien wurde von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ zerstört. Die Schrift auf der Mauer lautet übersetzt: Zutritt verboten – Eigentum von ISIS. In seiner radikalen Auslegung des Islams verurteilt der IS die Verehrung von Heiligen als „Vielgötterei“ und Gotteslästerung.

Christen würden sich große Sorgen um die Zukunft machen. Dass ihre Kinder eines Tages vielleicht in einem islamistischen Staat leben müssten, sei eine Horrorvorstellung. Die Zahl der Einwohner in Aleppo sei durch den Krieg von 3,5 Millionen auf 1,5 Millionen zurückgegangen, die Zahl der Christen von 160 000 auf vielleicht noch 60 000. Christliches Leben gebe es nur noch im Westteil von Aleppo, der unter der Kontrolle der Regierungstruppen stehe. Zur Flucht vieler Christen in westliche Staaten äußerte sich der Erzbischof sehr skeptisch. Wenn immer mehr Christen das Land verließen, sei das ein schwerwiegender Verlust für das Christentum in Syrien und für die gesamte syrische Gesellschaft.

Dezember 2016: Unmittelbar vor dem christlichen Weihnachtsfest zogen die letzten bewaffneten Rebellen aus dem Osten der Millionenstadt Aleppo ab. Die syrische Armee erklärte die Stadt daraufhin zu sicherem Gebiet. Für die Einwohner der Stadt sei damit ein Traum in Erfüllung gegangen, sagte Pater Ibrahim Alsabagh, der Obere des Franziskanerklosters in Aleppo, gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA). „Zwei Tage vor der Geburt des Friedenskönigs feiern alle Menschen“, beschrieb der Pater die Stimmung in der Stadt. Dies sei das schönste Geschenk, das sich die Menschen in Aleppo hätten vorstellen können.

Januar 2017: In seiner Neujahrsansprache vor internationalen Diplomaten bezeichnete Papst Franziskus den Krieg in Syrien als „humanitäre Katastrophe“ und forderte die internationale Staatengemeinschaft auf, diesen Konflikt endlich zu beenden. Nötig sei die rasche Aufnahme „ernsthafter Verhandlungen“, betonte er. Alle an dem Konflikt beteiligten Gruppen rief der Papst dazu auf, das Völkerrecht zu beachten und die Zivilbevölkerung vor Gewalt zu schützen.

Februar 2017: In einem Interview mit der Zeitung „Heilbronner Stimme“ während eines Deutschlandbesuches rief der Patriarch der syrisch-orthodoxen Kirche, Ignatius Efreem II. Karim, die europäischen Länder dazu auf, mehr Unterstützung für die christliche Minderheit in Syrien und im Irak zu leisten. „Als Christen finden wir, dass unsere Anliegen nicht hoch genug angesiedelt sind auf der Agenda der europäischen Länder“, klagte der Patriarch aus Damaskus. Gerade die Christen bekämen die Folgen einer gescheiterten westlichen Nahost-Politik zu spüren. „Wir fühlen uns häufig

so, als ob wir geopfert werden beim Versuch, einen Regimewechsel herbeizuführen und die Karte der Region neu zu zeichnen“, sagte er. Der anhaltende Exodus der Christen in Syrien und im Irak müsse dringend gestoppt werden, anderenfalls werde es dort eines Tages keine Christen mehr geben. „Diese Gefahr ist sehr real“, so Efreim II. Nötig seien bessere Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften. Dazu brauche man einen breiteren interreligiösen Dialog. Vor allem junge Menschen müssten sich daran beteiligen. Dazu forderte der Patriarch, „den Dialog von der akademischen Ebene auf eine alltägliche Ebene zu bringen“. Dies sei „von existenzieller Bedeutung“. Im Kampf gegen religiösen Extremismus trügen muslimische Geistliche und Gelehrte eine besondere Verantwortung. Hierzu hatte der Patriarch genaue Vorstellungen: „Zunächst sollte es eine klare Verurteilung der Ideologien des IS seitens der islamischen Zentren wie der Al-Azhar-Universität und anderen Einrichtungen geben. Zweitens ist eine Revision der islamischen religiösen Lehrpläne nötig, um sicherzustellen, dass es keine Interpretation des islamischen Textes zur Unterstützung der IS-Ideologien gibt.“

März 2017: Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Saïd Raad al-Husseïn, zeichnete vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf ein ausgesprochen düsteres Bild der Lage in Syrien. Der Syrienkonflikt sei „die schlimmste vom Menschen verursachte Katastrophe, die die Welt seit dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat“, so al-Husseïn. „In gewissem Sinne ist heute das ganze Land zu einer Folterkammer geworden: ein Ort des wilden Schreckens und der absoluten Ungerechtigkeit“, beschrieb er die dramatische Situation.

April 2017: Auf der internationalen Syrien-Konferenz in Brüssel rief der Außenminister des Vatikans, Erzbischof Paul Richard Gallagher, dazu auf, die Zivilbevölkerung in den kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien besser zu schützen. Das internationale humanitäre Recht müsse ohne Abstriche respektiert werden, gerade im Hinblick auf die Zivilbevölkerung. Der Vatikan sei „sehr besorgt über das enorme menschliche Leiden, das Millionen unschuldige Kinder und andere Zivilisten trifft, die von elementarer humanitärer Hilfe, medizinischer Versorgung und Bildung ausgeschlossen bleiben“, so der Erzbischof. Letztlich aber müssten die Kampfhandlungen so schnell wie möglich eingestellt und eine politische Lösung des Konflikts gefunden werden. In seiner Rede wies Gallagher auch auf das humanitäre

Engagement des Vatikans und der weltweiten katholischen Kirche hin. Im Jahr 2016 hätten katholische Organisationen für die Menschen in Syrien Hilfen im Gesamtwert von 200 Millionen US-Dollar bereitgestellt und damit 4,6 Millionen Menschen in Syrien und der Region geholfen.

Mai 2017: In einem Interview mit der Zeitschrift „Information Christlicher Orient“ äußerte sich der Salzburger Ostkirchenexperte Dietmar Winkler zum Verhältnis der syrischen Christen zur Staatsmacht. Die Christen in Syrien hätten keine wirkliche Alternative zum Assad-Regime. „Wenn Assad fällt, was passiert dann? Der Einfluss des fundamentalistischen Islam ist im Land bereits so stark, dass es für die Christen dann ganz düster aussehen würde“, sagte Winkler in dem Interview. Sogenannte gemäßigte Rebellen gebe es in Syrien de facto nicht. Ohne Zweifel sei das Regime von Präsident Baschar al-Assad eine Diktatur mit einer „gefürchteten und brutalen“ Geheimpolizei, und auch Kriegsverbrechen würden von ihm begangen. Aber, so Winkler: „Die lokalen Bischöfe sagten und sagen mir immer wieder in Gesprächen: Was ist die Alternative für die Christen? Wer schützt die Christen, wenn nicht das Assad-Regime?“ Weiter führte Winkler aus: „Wo das Assad-Regime nach wie vor oder nun wieder an der Macht ist, so wie beispielsweise in Aleppo, dort ist die Lage wieder stabiler geworden.“ In Aleppo zum Beispiel hätten die Christen wieder relativ sicher Ostern feiern können. Falsch wäre es aber, zu sagen, die Christen würden mit dem Assad-Regime kollaborieren. Als kleine Minderheit seien sie schon „seit vielen Jahrhunderten ein Spielball in Händen der jeweiligen Herrscher vor Ort“, so der Historiker. „Und irgendwie mussten sie immer das Auskommen mit den Herrschenden suchen.“

Juli 2017: Auch vier Jahre nach seiner Entführung gab es weiterhin kein Lebenszeichen von dem italienischen Jesuiten Pater Paolo Dall'Oglio. Vermutlich am 29. Juli 2013 war er im syrischen Raqqa entführt worden. Der Islamwissenschaftler hatte rund 30 Jahre in Syrien gearbeitet und sich besonders im christlich-muslimischen Dialog engagiert. Zuletzt hatte er das Kloster Dair Mar Musa al-Habaschi nördlich von Damaskus geleitet.

August 2017: In der Sommerresidenz des maronitischen Patriarchen in Dimane im Libanon trafen sich die Leiter und hochrangige Vertreter der mit Rom unierten katholischen Ostkirchen zu einer gemeinsamen Konferenz,

um über die komplexe Situation der Kirche im Nahen Osten zu beraten. Der syrisch-katholische Patriarch Ignatius Joseph III. Younan brachte in einem Interview mit Radio Vatikan die Sorgen der Bischöfe zum Ausdruck: „Wir sind äußerst besorgt über die Gewalt und den Krieg, der den Nahen Osten und vor allem Syrien, Irak und Ägypten erschüttert.“ Die Katholiken im Orient und die Christen insgesamt lebten „in einer Art Tunnel“, sagte der Patriarch. „Wir sehen kein Ende der Gewalt, des Islamismus und der verschiedenen bewaffneten Gruppen. Wir sehen aber auch kein Ende der Ausbeutung durch eine internationale opportunistische Politik, die den Nahen Osten nur als Sphäre wirtschaftlicher und strategischer Interessen betrachtet.“ Große Sorge bereite auch, dass viele orientalische Christen ihre Heimat verließen und ins Ausland gingen, darunter besonders viele junge Christen.

August 2017: In einem Interview mit Radio Vatikan äußerte sich der Päpstliche Nuntius in Syrien, Kardinal Mario Zenari, vorsichtig optimistisch über die aktuelle Entwicklung im Land. Die Gewalt lasse insgesamt langsam nach und die Situation bessere sich etwas. Allerdings gebe es noch Regionen, in denen gekämpft werde. Dankbar zeigte sich der Kardinal für die Hilfe, die christliche Gemeinden weltweit für die Menschen in Syrien leisteten. Mit dieser Unterstützung habe die Caritas im Januar 2017 in der stark zerstörten Millionenstadt Aleppo mehrere Zentren eröffnen können. Die dort geleistete humanitäre Hilfe komme Christen wie Nichtchristen zugute. Diese „Öffnung gegenüber allen“ sei das besondere Kennzeichen der Kirche in Syrien, betonte der Nuntius.

November 2017: Bei einem Besuch in Brüssel forderte der syrisch-katholische Patriarch von Antiochien, Ignatius Joseph III. Younan, die EU auf, ihre Sanktionen gegen Syrien zu überdenken. Leidtragende dieser Sanktionen seien die vielen Menschen in Syrien, aber kaum die syrischen Regierungsbeamten. „Die Menschen leiden, nicht die Regierungen“, betonte Younan. Die Christen in Syrien seien in einer „tragischen Situation“. Die Existenz der Christen im Nahen Osten sei gefährdet, es gehe für sie „um Leben und Tod“.

Dezember 2017: UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, machte auf die dramatische Lage gerade der Kinder und Jugendlichen im Syrien-Konflikt aufmerksam. Für das Jahr 2015 seien rund 2500 Fälle von

schweren Menschenrechtsverletzungen gegen Kinder dokumentiert worden. Dazu zählten zum Beispiel Tötung, Verstümmelung oder Entführung. Für das erste Halbjahr 2016 seien rund 1000 Fälle offiziell erfasst worden. Die Dunkelziffer sei aber deutlich höher. Nach Angaben von UNICEF seien rund 13 Millionen Menschen in Syrien auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter 5,3 Millionen Kinder und Jugendliche. Etwa ein Drittel der Kinder in Syrien könnten wegen des Krieges keine Schule besuchen.

Januar 2018: Um nach einem Ende des Krieges in Syrien Versöhnung und Frieden herbeizuführen, ist die Hilfe der Religionsgemeinschaften unverzichtbar. Diese Meinung äußerte der Päpstliche Nuntius für Syrien, Kardinal Mario Zenari, in einem Gespräch mit Vatican News. Als Folge des seit sieben Jahren andauernden Krieges seien viele Städte zerstört, und die Ruinen könnten leicht „zur Hoffnungslosigkeit verführen“. Die „eigentliche Zerstörung“ betreffe aber die Herzen der Menschen, die hier geschlagenen Wunden müssten geheilt werden. Dazu müssten die Religionsgemeinschaften mithelfen, jegliche Botschaften des Hasses zu überwinden und Rachegeleüste zu unterbinden. Dafür müssten sich vor allem die Religionsführer einsetzen. Heute sei Syrien ein tief gespaltenes Land, so der Nuntius. „Jenes multiethnische und multireligiöse Mosaik, das einmal Sinnbild für Syrien war, gibt es nicht mehr.“ Hilfreich wäre es, wenn die aus Syrien vertriebenen Christen dorthin zurückkehren würden. Sie könnten „eine grundlegende Rolle beim Wiederaufbau des Landes spielen“, zeigte sich der Nuntius überzeugt. „Wären sie wieder hier, könnten sie das tun, was sie schon immer in Syrien taten: Brückenbauer zwischen den verschiedenen Volksgruppen sein“, so Kardinal Zenari.

Februar 2018: Sehr besorgt zeigte sich der Päpstliche Nuntius in Syrien, Kardinal Mario Zenari, gegenüber dem vatikanischen Nachrichtenportal Vatican News über die heftigen Kämpfe in der Region um Damaskus. Die syrische Hauptstadt erleide ein „Wiederaufleben des Krieges“. Die Militäroffensive der Regierungstruppen in der Region Ost-Ghuta richte sich gegen islamistische Rebellen. Diese wiederum würden Raketen und Mörsergranaten auf Damaskus abfeuern, vor allem auf die Altstadt. Die dortigen christlichen Viertel seien daher sehr stark von den Auseinandersetzungen betroffen. Viele christliche Schulen müssten wegen des Bombardements geschlossen bleiben.

Februar 2018: Am 12. Februar 2018 kam es in Wien zu einem hochrangigen katholisch-orthodoxen Gipfeltreffen. Von katholischer Seite nahm der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kurt Kardinal Koch teil; von orthodoxer Seite war Metropolit Hilarion Alfejew, der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, angereist. Das Hilfswerk KIRCHE IN NOT, das sich seit mehr als 25 Jahren für den Dialog der katholischen mit der russisch-orthodoxen Kirche einsetzt, war ebenfalls mit einer Delegation vertreten und stellte eine in katholisch-orthodoxer Zusammenarbeit entstandene Dokumentation über das Ausmaß der Schäden an kirchlichen Einrichtungen und die Zahl christlicher Kriegesopfer in Syrien vor. Das Gipfeltreffen in Wien fand am zweiten Jahrestag des historischen Treffens zwischen Papst Franziskus und Patriarch Kyrill auf Kuba statt. Hauptthema des Treffens war die Lage der Christen im Nahen Osten und die gemeinsame Antwort der katholischen und der orthodoxen Kirche auf die Christenverfolgung in der Region. Kardinal Koch hob in seiner Ansprache auch die Hilfe hervor, die KIRCHE IN NOT im Nahen Osten leistet: In den vergangenen sieben Jahren flossen Hilfsgelder in Höhe von fast 36 Millionen Euro in den Irak, nach Syrien über 21 Millionen. Metropolit Hilarion betonte, dass die russisch-orthodoxe Kirche im vergangenen Jahrhundert selbst Opfer von Verfolgung geworden sei und nun in Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche verfolgten Christen helfen wolle. Er lobte die effektive Zusammenarbeit beider Kirchen auf diesem Gebiet. Dies habe dazu beigetragen, dass in nie dagewesener Intensität die heutige Christenverfolgung in den Medien thematisiert werde.

März 2018: Bei einer Veranstaltung der österreichischen Stiftung Pro Oriente forderte der armenisch-apostolische Bischof von Damaskus, Armash Nalbandian, eine objektivere Berichterstattung der westlichen Medien über den Krieg in Syrien. Mit Bezug auf die aktuelle militärische Offensive der Regierungstruppen in der Region Ost-Ghuta bei Damaskus sagte er: „Wir bedauern die leidende Zivilbevölkerung in Ost-Ghuta zutiefst, aber wir vermissen in der internationalen Berichterstattung Bilder von den Schäden, die der permanente Granatenbeschuss durch die islamistischen Milizen in der Altstadt von Damaskus anrichtet, wo die christlichen Kathedralen stehen.“ Die Lage und Entwicklung in Syrien schätze er nicht grundsätzlich pessimistisch ein, aber „Mut machende Entwicklungen“ und „Ereignisse, die den Mut wieder zerstören“ wechselten einander ständig

ab, so der Bischof. „An einem Tag hören wir von Waffenstillstand und am nächsten Tag schlagen wieder die Granaten ein.“ Die Militäroffensive in Ost-Ghuta stellte eine der blutigsten Angriffswellen seit Beginn des Syrien-Krieges dar. Die Region Ost-Ghuta bei Damaskus gehörte zu dem Zeitpunkt zu den letzten Gebieten, die noch unter der Kontrolle von oppositionellen Rebellen standen, darunter viele islamistische Milizen.

März 2018: Im Gespräch mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) zeigte sich der Regionaldirektor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes (JRS) im Nahen Osten, Pater Nawras Sammour SJ, erschüttert über die Rücksichtslosigkeit und Brutalität des Krieges in seinem Heimatland Syrien: „Dieser Krieg kennt keinerlei Ethik“, so Pater Sammour. Skrupellos werde die Zivilbevölkerung zur Zielscheibe der Kämpfe gemacht. Schulen, Krankenhäuser, selbst Hilfskonvois würden gnadenlos bombardiert. Die Folgen seien zerstörte Wohnhäuser, rasant steigende Preise für Lebensmittel und Trinkwasser, keine Arbeit und kein Einkommen, permanente Unsicherheit, Gewalt, Vertreibung, wachsende Armut. „Die Lage ist trostlos und wird sich künftig nicht verbessern“, so die Einschätzung des Jesuiten. „Ich bin da sehr pessimistisch angesichts der Realität.“

April 2018: In Damaskus, Homs und vielen anderen syrischen Städten, auch im „Tal der Christen“ nahe der libanesischen Grenze, feierten tausende Christen das Osterfest, die Kirchen waren gut gefüllt. Auch wenn die Christen in den langen Jahren des Krieges vieles verloren haben, ihr Hab und Gut, ihre Gesundheit, nahe Angehörige und gute Freunde, Arbeitsmöglichkeiten und Einkommen, so halten die meisten doch unerschütterlich an ihrem Glauben fest. Aus ihm schöpfen sie Hoffnung und Zuversicht auch in schier aussichtslosen Lagen. Und der Glaube ist auch der Grund, warum es gerade die Christen sind, die unermüdlich Hilfe leisten für all die Notleidenden, ohne Rücksicht auf religiöse, konfessionelle oder ethnische Unterschiede.

April 2018: Auch fünf Jahre nach ihrer Entführung gab es weiterhin kein Lebenszeichen von den zwei verschollenen Bischöfen aus Aleppo. Am 22. April 2013 waren der syrisch-orthodoxe Erzbischof Gregorios Yohanna Ibrahim und der griechisch-orthodoxe Erzbischof Boulos Yazigi, die beide ihren Sitz in Aleppo haben, auf einer Autofahrt von der syrisch-türkischen

Grenze zurück nach Aleppo von Unbekannten entführt worden. Bis heute gibt es keine verlässlichen Informationen darüber, wer die Entführer gewesen sein könnten. Der Fahrer der beiden Bischöfe, ein Diakon, wurde bei dem Überfall getötet. Die Bischöfe hatten nördlich von Aleppo über die Freilassung von zwei entführten Priestern verhandelt. Auf der Rückfahrt gerieten sie dann in einen Hinterhalt.

Quellen

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen - PIME)*
- *Deutsche Welle (DW): www.dw.com*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *Vatican News: www.vaticannews.va*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*